

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

213 (20.9.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Kernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Kernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Neuilleton i. V. Franz Wähl; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Resten: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

K. Einzelstaaten und Reichsfinanzreform.

Am kommenden 1. Oktober tritt eine für die Einzelstaaten sehr wertvolle Bestimmung aus der großen Reichsfinanzreform in Kraft; die Matritularbeiträge und die Leberweihungen werden neu geregelt. Die Einzelstaaten fahren dabei sehr gut, besser, als ihre Finanzminister es verdient haben. Aber das Zentrum, das ein blühendes Reich wünscht, weiß, daß dieser Zustand nur eintreten kann, wenn die Einzelstaaten fruchtig sind. Darum hat es auch diese stark gefordert. Eigentlich müßten die Einzelstaaten nur ein Opfer in Höhe von 3 1/2 bis 6 Mill. Mk. bringen; um diese Summe verkleinert sich ihr Anteil an der Erbschaftsteuer, der von 33 1/2 v. H. auf 25 v. H. herabgesetzt wurde, um einen Teil des Mehrbedarfs für die Wohnungsbauordnung zu decken. Das ist aber auch alles. Gewiß ist die geforderte Bindung der Matritularbeiträge auf 30 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung abgelehnt worden, und zwar einmütig; keine einzige Partei hat sich für diesen Plan begeistern können; so besteht also tatsächlich die „Gefahr“, daß nach wie vor jedes Reich im Reich durch die Bundesstaaten geteilt werden muß. Aber da das Reich 500 Millionen Mark Einnahmen erhält, ist diese Gefahr bei einer soliden Wirtschaft sehr gering. Der Bundesrat muß sich nur unerbittlich auf den Saß stellen: Keine Ausgabe ohne Deckung!

Es besteht gar kein Hindernis, daß der Bundesrat eine Vereinbarung dahin trifft, daß der nächste Etat unter keinen Umständen mehr als 50 Mill. Mk. ungedeckter Matritularbeiträge enthalten darf. Dann hat der neue Reichsfinanzminister eine wirksame Sanilothie, um die Hilfe der einzelnen Ressorts der Reichs nach zu ziehen. Es ist jetzt Sache des Bundesrates den Reichsfinanzminister mit mehr Vorzulegen, der die Einzelstaaten zu seiner Befreiung. Denn niemand kann wünschen, daß die Einzelstaaten das Mark entzogen wird; ein blühendes Reich gibt es nur, wenn die Bundesstaaten auch finanziell fruchtig sind und ihre vielen Kulturaufgaben erfüllen können. Dieser Gedanke ist auch von der Reichstagsmehrheit beherzigt worden, als sie den Einzelstaaten sehr entgegenkam. Die ganze Summe der gebundenen Matritularbeiträge in Höhe von 145 Mill. Mk. war eigentlich eine Schuld der Einzelstaaten; dazu treten 97 Mill. Mk. infolge der Feuerzulagen von 1907 und 1908 aus der Milderung der Wohnungsbauordnung. Endlich hat das Reich erhebliche Fehlbeträge, weil die Finanzreform dem Zentrum zuliebe verschoben worden war; mit 150 Mill. Mk. darf man diesen Posten einstellen. All das gibt insgesamt 400 Mill. Mk. als „Blau-Kreditationsmasse“, für welche am letzten Ende die Bundesstaaten aufkommen müßten. Aber es wäre ein Unrecht gewesen, diese dergestalt zu strafen; so entschloß man sich sofort, die 97 Mill. Mk., welche den Reichsbeamten zugute kommen, ganz auf den Reichsbeitrag zu nehmen; sie waren auch in der Evidenten Bedarfsberechnung eingestellt. Wohin aber mit den 300 restierenden Millionen? Der scheidende Kanzler nahm sie leider nicht mit, um sie bei Norderny zu verorten. Die Mehrheit schlug daher vor, diese Last den Bundesstaaten gleichfalls abzunehmen, sie in eine Reichsanleihe umzuwandeln und in 30 Jahren zu bedien. In den Einzelstaaten atmete man auf dieses Gegenkommens auf; nun ist ein Strich unter die Vergangenheit gemacht worden. Gebundene Matritularbeiträge gibt es künftig nicht mehr; dann können auch solche Schulden nicht mehr

entstehen, und das Konto der Reichsfinanzreform wird entlastet. Hat der Reichstag den Einzelstaaten die Schuldenlast abgenommen, so hat er andererseits Leberweihungen bestehen lassen. Man hat aber jetzt nur noch eine einzige Leberweihungssteuer als Rest der Klausula Frankenstein. 1879 war der ganze Zollertrag über 130 Millionen Mark den Bundesstaaten zuzuschreiben, die Vorkosten traten später hinzu und ebenso die Branntweinverbrauchsabgabe. Seit 1904 waren nur noch die Reichsstempelabgaben und Branntweinverbrauchsabgaben Leberweihungssteuern; damit sanken die Leberweihungen auf rund 200 Millionen Mark zurück. Nimmere sind auch sämtliche Reichsstempelabgaben reichseigene Einnahmen geworden, und als Leberweihungssteuer besteht nur noch die Branntweinsteuer, die allerdings auch 200 Millionen Mark abwirft. Dadurch ist der Etat des Reichs wesentlich vereinfacht worden; man hat jetzt nur noch eine Last als Leberweihungssteuer. Ganz abgesehen von den für die Branntweinsteuer in Betracht kommenden Vorrechten wäre es total verfehlt gewesen, das System der Leberweihungen ganz zu beseitigen; man weiß nie, wann die Finanzen sich weiter so bessern, daß es ohne ungedeckte Matritularbeiträge geht und das Reich in der eigenen Wirtschaft leberkräftig hat. Das ist denn in den Leberweihungen das Budgetrecht des Reichstages mitgarantiert, und darum war es gut, daß diese Bestimmung erhalten blieb. Die Vorlage selbst wollte ja auch die Erträge der Branntweinmonopole den Bundesstaaten überweisen.

Den größten Vorteil aber haben die Bundesstaaten ohne Zweifel darin, daß es ohne einen Eingriff in ihre Finanzhoheit abgegangen ist. Das Reichsfinanzkommissar seligen Andenkens fand einige Tage drohend am Himmel; die Reichsvermögenssteuer zu fordern ist freilich im Reichstag mehr ein amüsanter Sport als ernste parlamentarische Arbeit. Aber den Einzelstaaten steht auch der Weg zur Erbschaftsteuer offen. Wie wäre es denn, wenn die bayerische Regierung ihr Diebstahlstünd, das auf wärflichem Sande nicht gebaut, nun in München großzügig würde; auch Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen könnten diese Wege gehen, zumal die Finanzen dieser Staaten eine Verbesserung ertragen können. Es liegt uns fern, diesen Vorschlag zu machen; aber immerhin wäre dies der Preis, den die Liebe zur Erbschaftsteuer zu groß ist, und der Liberalismus dieser Länder könnte dann pfeifen, nicht nur den Mund hüben. Der Weg zu einer solchen Reform ist frei. Einkommen und Vermögen bleiben den Einzelstaaten zur Besteuerung überlassen, und da könnte sich die Erbschaftsteuer gar nicht schlecht einlagern lassen.

Alles in allem genommen kann der Bundesrat recht dankbar sein, daß die einzelstaatlichen Finanzen so gut weggekommen sind; möge er nur dafür sorgen, daß diese Schonung auch in der Zukunft aufrechterhalten bleiben kann.

Baden.

Karlsruhe, 20. Sept. 1909.

Vom Lügenfeldzug gegen das Zentrum.
Es liegt System in der Verleumdung, mit der gegen das Zentrum gearbeitet wird. So läuft jetzt eine Notiz des liberalen „Katholischen Tagblattes“ durch, beinahe die ganze liberale Presse, wonach Herr

Landgerichtsrat Edmund Schmidt in einer Versammlung in Söllingen einem, der seinen Vortrag störte, mit Abführen gedroht habe. Es wird dann regelmäßig die geistreiche Bemerkung dazu gemacht, der Herr Landgerichtsrat scheine das Versammlungslokal mit dem Gerichtssaal verwechselt zu haben. Nun, selbst wenn das in der Tat geschehen wäre, daß in der Stige des Gefechtes der Ausdruck nicht auf die Goldwaage gelegt worden wäre, so wäre es doch merkwürdig, daß die liberale Presse sich an dem mißbräuchlichen Ausdruck „Abführen“ holet, während die Art der betreffenden Störenfrieds nach ihrer Meinung offenbar ganz in der Ordnung wäre. Es ist die Gesellschaft, die Mäden sieht und Kamele verächtelt. Aber es ist wiederum eine der unwahren Verdächtigungen und Verewaltigungen der Wahrheit, wie sie gegenwärtig in Kampfe gegen das Zentrum an der Tagesordnung sind. Der „Badische Landesbote“ mußte am Samstag folgende Mächtigstellung bringen:

„Es ist nicht wahr, daß ich den Rubesfürern in der Versammlung vom 12. d. M. in Söllingen (Mit Rastatt) die Abführung angedroht habe. Ich habe lediglich, als das Schreien der von auswärts gekommenen 4 oder 5 jungen Leute, die meist das maßfähige Alter noch nicht gehabt haben dürften, die Fortsetzung meines Vortrages übermäßig erdwerte, die Störenfriede unter Hinweis auf das Hausrecht und die Pflichten des Anstandes in einer fremden Versammlung energisch zur Ruhe aufgefordert, mit dem Bemerkten, daß sie mich nachher widerlegen könnten. Nach Schluß des zweiten Teils meines Vortrages waren aber, wie mir mitgeteilt wurde, alle schon verchieden. Nachschichtungsoll: Ed. Schmidt, Landgerichtsrat.“

Ueber die Lage in Vörrach-Stadt und Vörrach-Land

werden im „Weidelsberger Tagblatt“ (Nr. 217) Verhandlungen angestellt. Es heißt dort u. a.: „Der Wahlausfall in Vörrach-Stadt und Vörrach-Land ist nun erwirkt und wird vollständig nur von der nationalliberalen und der sozialdemokratischen Partei geführt. Besonders die letzteren haben die Agitation auf dem Lande schon in recht intensiver Weise begonnen; seit einiger Zeit bereitet der Kandidat der nationalliberalen Partei, Landgerichtsrat Dr. Obkircher, den Wahlfreis und hält allenthalben gut besuchte Versammlungen ab, so in Dautingen, Steinen, Grenzach usw.; die Versammlungen nahmen meistens einen sehr lebhaften Verlauf, da sie auch von den Gegnern der Liberalen besucht wurden. Auch die sozialdemokratische Partei hat im Wahlkreis Vörrach-Land schon verschiedene Versammlungen abgehalten, die ebenfalls sehr guten Besuch aufzuweisen hatten, und allgemein sagt man, daß in Vörrach der Stimmenschied zwischen dem sozialdemokratischen und dem nationalliberalen Kandidaten fallen werde. Kandidat der sozialistischen Partei ist Stadtrat Breitenfeld aus Vörrach. Die freimüthige Partei ist in Vörrach-Land noch nicht hier in die Agitation eingetreten, ihre Führer beschäftigen sich vornehmlich mit der Terrainforschung, was für Aufnahme der Kandidat, Hauptlehrer Gerate, wohl bei der Bevölkerung findet. Die Freimüthigen hoffen ebenfalls mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl zu kommen, um dann in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokratie und des Zentrum gegen Obkircher zu stehen. ... Nach verhältnismäßig still ist es in Vörrach-Stadt; der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, der bisher das Mandat inne hat, ist immer noch einziger Kandidat. Die sozialdemokratische Partei wird auch alle

Anstrengungen machen, diese Position zu erhalten. ... Etwas eigentümlich ist die Taktik der freimüthigen und der nationalliberalen Partei. Von keiner dieser beiden Parteien ist bisher noch der Kandidat bekannt; jede sucht mit Rücksicht auf die andere Partei die Proklamierung des Kandidaten so lang wie möglich hinauszuziehen. Nach verschiedenen Aeußerungen soll der frühere Abgeordnete für Vörrach-Stadt, der Nachfolger von Markus Pfleger, Rechtsanwalt F. Vortisch, als Kandidat für die Stadt aufgestellt werden. Der nationalliberale Kandidat werden soll, darüber verläutet noch gar nichts. Wenn sich die freimüthige und nationalliberale Partei nicht auf eine gemeinsame Kandidatur in Vörrach-Stadt einigen können, dann dürfte mit absoluter Sicherheit das Mandat der sozialdemokratischen Partei verbleiben; das Zentrum wird auch in der Stadt keinen eigenen Kandidaten aufstellen, in Gewehr-bei-Fuß-Stellung verharren, wie sich bis zum Stichwahltag die Dinge gestalten. Bei der ziemlich starken Erbitterung, die zwischen den Führern der freimüthigen und der nationalliberalen Partei besteht, ist an ein Zusammengehen kaum zu denken. Propegierungen über den Ausfall der Wahl in diesen beiden Wahlkreisen wären vorzeitig, aber so viel kann gesagt werden, daß der Wahlausfall in Vörrach-Stadt abhängig ist von demjenigen in Vörrach-Land und daß hier wie dort das Zentrum das Hauptgewicht an der Waage bilden wird.“

Wir registrieren diesen Situationsbericht, da wir die Einzelheiten nicht näher prüfen können, namentlich auch nicht die Behauptungen über das Zentrum, daß es in beiden Wahlkreisen keine Kandidaten aufstellen werde.

Aus der Wahlbewegung.

St. Georgen i. Schw., 19. Sept. Beobachtet es zurzeit in unserem Landtagswahlkreis zu. Nachdem am letzten Sonntag hier eine konservative Wahlversammlung stattgefunden hat und in Briggau, einem Filialort des Kirchspiels, eine nationalliberale, wor gestern Abend hier eine solche, von den Sozialdemokraten veranstaltet, an die sich nachmittags eine weitere in Evangelische Tennensbrunn angeschlossen. In beiden sozialdemokratischen Versammlungen war Referent: Arbeitersekretär Geiler-Strasbourg. In Vörrach-Land tagten ebenfalls heute die Demokraten. Herr Gewerkschaftsrat Heim hier referierte in einer heute vormittag in Katholische Tennensbrunn stattgefundenen Zentrumsversammlung über die Finanzreform und in Fröberg sprach heute nachmittag der Chef der badischen Zentrumsparlei, Herr Gehil, Rat Wacker.

Des Kaisers Dank!

S. M. der Deutsche Kaiser, König von Preußen, hat an den Großherzog unterm 17. September d. J. ein Handschreiben gerichtet, welches auf höchsten Befehl in der „Karlsruher Zeitung“ zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird:

Durchlauchtigster Fürst,

freundlich geliebter Vetter und Bruder!

Zum ersten Male seit dem Hinscheiden Euerer königlichen Hoheit in Gott ruhenden Herrn Vaters, Meines geliebten Oheims, haben die Badischen Truppen in diesem Jahre vor Mir Mäander abgehalten. In wie hohem Maße Mich die stets früher bewiesene Lichthit derelben wiederum befriedigt hat, wollen Euerer königliche Hoheit ans Meiner in Abschrift beigefügten Ordre entnehmen, welche Ich bei der heutigen Beendigung der großen Herbst-

Abhänge prangen mit Matten der schönsten Bergfräuter und mit mancher Berde, deren Gefänte mit einzelnen Mängen sanft emporschlägt zu der oben harrenden Stille der Wälder. Damals aber war weder Dorf, noch Weg, sondern nur das Tal und der Bach, jedoch diese noch schöner, noch frischer, noch jungfräulicher als jetzt, befeht mit hohen Bäumen der verschiedensten Art. An der einen Seite des Baches standen sie so dünne, daß sich der grüne Regen wie ein reines Tuch zwischen den Stämmen dahingog, ein Leppich, weid genug selbst für den Fuß einer Königsdöchter. Aber kein Fuß, schien es, hat seit seinem Beginne diesen Boden berührt, als etwa der leichte Trift eines Nebels, wenn es zu dem Bache trinken kam oder sonst zwischen den Stämmen und Sonnenstrahlen luftwandeln ging. Heute aber war der Tag gekommen, wo die Geierdar der Gräber und Blümlein dieses Raens, ungleich ihren tausendjährig stillen und einsamen Ahnherrn, zum ersten Male etwas anderes sehen sollten, als Laubgrün und Himmelblau und etwas anderes hören, als das Gummel der Wellen.

Klare, liebliche, silberhelle Menschenstimmen — Mädchenstimmen — drangen zwischen den Stämmen vor, unterbrochen von dem teilweisen Anschläge eines feinen Glöckchens. — Gleichsam wie laufend dem neuen Wunder, hielt die Widnis den Atem an, kein Zweig, kein Rauschen, kein Blatt rührte sich — die Sonnenstrahlen traten umgehört auf das Gras und prägen grün-goldene Spuren — die Luft war unbeweglich, blank und dunkelblau — nur der Bach, von seinem Gelebe gezwungen, sprach unaufhörlich fort, flüchtig über das Schmelz seiner Mädel schlüpfend, wie über eine bunte Klauer.

(Fortsetzung folgt.)

Der Hochwald.

Studie von Adalbert Stifter. (Fortsetzung.)

Demgemäß trat er an das Fenster und schaute emsig nach dem Wetter, damit nur die erste Befangenheit der Mädchen sich etwas lüften möge, und als sollte er die Himmelschichten zählen, die eben vom Süd heranzufommen begannen, so lange und sorglich sah er nach ihnen, die Hand ob den Augen haltend. Die Mädchen — es ist wunderbar, was für ein Hauber der Veruhigung in geliebten, treuen Augen liegt — zwei Mäde waren es nur in die gegenwärtige Güte derselben — — und Johanna's Angst, eben noch riesig und unbeflegbar, war alle ganz und gar verfliegen. Der Vater kam lächelnd vom dem Fenster herüber und sagte, wenn sie heute den Waldhellen und nebenbei auch die schöne, ferne anstrebende Waldmauer sehen wollten, in der, wie in einer Nische, ihr hölzern Waldschloß stehe, so müßte dies bald geschehen, und er werde auch deshalb das Sebrohe vorläufig in roten Zimmer anstellen; denn, trügen nicht alle Zeichen, so käme gewiß heute noch ein Gewitter, er sah schelmisch nach Johanna, deren Lippen, schon wieder in allem Furur prangend, ein leises Lächeln zu hegen und zu bergen suchten, das er gleichwohl sah und kannte. Es gehörte nämlich zu seinen Schwächen, Gewitter zu prophezeien, und wenn nach zehn ausgebliebenen eines eintraf, so überzeigte sich niemand fester von der Unrichtigkeit seiner Symptome, als er selber. Ob er aber heute solche Symptome an dem spiegelreinen Himmel entdeckte, oder sich in der Trefflichkeit seines Herzens nur derlei vorgelegen, um Neiz zur Weiterheit zu wecken — wer könnte es entscheiden?

Genug, er war vernünftig, daß er die Rein der ersten Spannung aus den ihm liehen Angesichtern schwinden sah, und wohl wissend, daß, wenn er sie verlassen, er sie eben gegenwärtig in die besten Hände gebe, schritt er heiter und lichernd der Türe zu, „Clarissa“, rief er, noch die Mäde in der Hand haltend, „Du wirst wieder mit Deinem Angue die Ewigkeit branden — überest! Dich deshalb nicht — ich habe vorher noch ein Geschäft, und wenn ihr fertig seid, mögt ihr gelegentlich in die rote Stube kommen und es mir sagen lassen — aber eilt deshalb nicht.“ Und somit zog er die Türe hinter sich zu.

Einzig geliebte Menschen! Ob ihnen auch der Vater die Ewigkeit ihres Anziehens selbst in den Mund legte, als Gelegenheit sich zu vertrauen und zu beschreiben, so waren sie doch zu unschuldig, ihn zu verstehen, sondern sie puteten sich maßlos, um nur irgend einen Anzug zustande zu bringen, daß er nicht zu lange warten dürfe.

Nur ein einziges Mal hatten sich die Schweitern, als er fort war, unarmt und zwei, drei heiße Küsse auf die Lippen gedrückt als feste, kräftige, unerschöpfbare Versicherungen und Siegel gegenseitigen Schutzes und Beifammenbleibens.

So wunderbar ist die Macht der Liebe, daß ihr Strahl, wenn er bei Gefahr und Not aus dem cindern Auge bricht, jogleich eine eherner Mauer von Zuversicht um jenen Herz erbaut, wenn er gleich aus den Augen eines jagen Mädchens kommt, das selber alles Schutzes bar und bedürftig ist.

Freudigkeit, Zutrauen, so sogar Lustigkeit, Scherzen und Kengierde war aus jenen Küssen in die Herzen der Mädchen gekommen, und sie lachten, wenn sie in der übertriebenen Eile des Anziehens etwas verhaselten und abgesehen erzielt.

Sie eilten, da sie endlich fertig waren, in das rote Zimmer und trafen dort den jungen Jäger, dem der Freiherr eben eine Strafpredigt über sein geistiges Prahlen und Hufelieren hielt — „Jetzt geh“, schloß er, als er die Mädchen eintreten sah, „geh“ und tolle Dich — — nun, nun, Sebastian, bin ich denn so furchtbar“, rief er in lautem Tone dem Burfchen nach, „daß Du Dich so eilig und so linksch fortputest? lasse Dir unten einen Becher Wein geben, oder meinetwegen zwei. Jetzt geh.“

Der Jäger ging, und der Vater wendete sich äußerst vernünftig an die Mädchen. „Et, ei, ihr seid ja sehr bald fertig geworden; schau, wie schön — jetzt wollen wir das Mohr aufstellen und durchsehen.“ Und so geschah es.

2. Waldwanderung.

Es sind noch heututage ausgedehnte Wälder und Forste um das Quellengebiet der Woldau, daß ein Bär keine Seltenheit ist, und wohl auch noch Luchse getroffen werden: aber in der Zeit unserer Erzählung waren diese Wälder über alle jene bergigen Landstriche gedeckt, auf denen jetzt gerentet ist, und die Walddörfer stehen mit ihren feingeleisteten Feldern, weißen Kirchen, roten Strengen und Gärten voll blühender Waldblüthe. Wohl adt bis zehn Begegnungen gingen sie damals in die Breite, ihre Länge beträgt heute noch viele Tagreisen.

An dem Laufe eines frischen Waldwassers, das so klar wie flüssiges Glas unter nagrinen Erlengebüschen hervorrieselt, führt ein gebundenes Tal entlang, und in dem Tale geht heututage ein reinlicher Weg gegen das Holzdorf Hirsberg, das seine malerischen, hölzernen Waldhäuser zu beiden Seiten des Baches auf die Abhänge herumgestreut hat. Die

idungen an den kommandierenden General des 14. Armeekorps gerichtet habe. Zu meiner lebhaften Freude weiß ich, daß reges Interesse Eurer königlichen Hoheit an der Ausbildung der Truppen landesväterlicher Herz so nahelebenden Truppen nehmen und dadurch an der Erhaltung und Förderung der Schlagfertigkeit des 14. Armeekorps mitwirken. — Eurer königlichen Hoheit möchte ich hierbei meinen herzlichsten Dank wiederholen für die gütliche Aufnahme, die ich und die Kaiserin, Meine Gemahlin, in Ihrem uns so lieben Hause gefunden haben, sowie für die uns aus allen Kreisen der Bevölkerung der Badischen Lande, insonderheit der Stadt Karlsruhe, dargebrachten wohlwollenden Stundgebungen. Auch ist es mir eine wahrhafte Freude gewesen bei der Parade am 11. September die aus allen Teilen des Großherzogtums zusammengeströmten Tausende von Mitgliedern der Gauerbände des unter dem Protektorat Eurer königlichen Hoheit erblühenden Badischen Militärvereinsverbandes und unter ihnen die zahlreichen Kriegsveteranen des in der Parade lebenden Armeekorps begrüßen zu können. Dabei habe ich in liebevoller Erinnerung des vereinigten Großherzogs königliche Hoheit gedenken müssen, dessen warmes Herz alle Zeit besonders seinen alten Soldaten gehört hat. Eurer königlichen Hoheit würde ich ganz besonders dankbar sein, wenn dieselben meine warmempfundenen Gefühle zur allgemeinen Kenntnis in Ihren Landen bringen und hierbei meiner lebhaftigen Genugtuung Ausdruck verleihen, daß die entgegenkommende Aufnahme der zu den Herbstübungen zusammengezogenen Truppen. Ich verbleibe mit der Versicherung wahrer Hochachtung und Freundschaft Mergentheim, den 17. September 1909.

Eurer königlichen Hoheit
freundwilliger Vetter und Bruder
ad. Wilhelm R.

Sozialdemokratischer Parteitag.

CPC. Leipzig, 18. Sept.
Vom Genossen Lindemann-Stuttgart, einem der schwäbischen Hofgänger, ist die Mitteilung eingegangen, ihm sei der Text der zur Frage der Hofgänger abgegebenen Erklärung nicht bekannt gewesen; wäre dies der Fall gewesen, so hätte er wegen der Form der Erklärung für seine Zustimmung nicht gegeben. (Trotzdem Gelächter und Zurufe: Wichtigkeit! bei den Adressaten.)
Dann gibt's eine hellenweise lebhafteste Auseinandersetzung über den „Hinauswurf“ eines Genossen in Stuttgart, der das Verbrechen begangen hat, über Vorgänge in einer geschlossenen Versammlung zu berichten. Schon die ersten Diskussionsreden beweisen, daß die Frage von den Revisionisten einerseits und von den Adressaten andererseits als Parteifrage angesehen wird. Die Adressaten erwidern in der Tat des Stuttgarter Genossen scheinbar eine „Trennungsfreiheit und Ehrlichkeit“, während die Revisionisten eifrig allerhand Milderungsgründe für ihren revisionistischen Revisionismus zusammenbringen: der „Angellage“ sei ein braver, bewährter Genosse; er habe versprochen, sich ein solches Vergehen nicht zum zweitenmal zuschulden kommen zu lassen; die Partei sei durch seinen Bericht nicht geschädigt worden usw. Aber diesmal bleiben die Revisionisten in der Minderheit; mit knapper Mehrheit, die von der Gegenseite sogar zunächst angezweifelt wird, wird der über den Angeklagten verhängte Ausschluß bestätigt. Bei einer Reihe anderer Hinauswürfe handelt es sich um Nichtbeteiligung an Landtagswahlen. Der Parteitag stellt sich auf den Standpunkt, daß eine solche Nichtbeteiligung zwar auf das schwerste zu tadeln sei, einen Ausschließungsgrund aber nicht ohne weiteres darstelle.
Dann arbeitet man die noch nicht erledigten Resolutionen und Anträge auf. Angenommen wird eine Resolution, durch Gründung von Kinderschuttkommissionen den Schutz der Kinder vor ungesicherter Ausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung zu betreiben. Eine weitere Resolution warnt die abstinenten Genossen vor dem Eintritt in bürgerliche Abstinenz-Organisationen und empfiehlt ihnen den Anschluß an den abstinenten Arbeiterbund. Gegen diesen zweiten Absatz werden Bedenken laut: der Parteitag dürfe sich nicht für eine bestimmte Organisation festlegen und damit einer gewissen Vereinspielerei Vorwand leisten, ein pfälzischer Genosse warnt überhaupt unter Hinweis auf die pfälzischen Kleinwinger und Wingerarbeiter, sich in der Alkoholfrage allzuweit festzusetzen. Die Resolution wird schließlich unter Erreichung des zweiten Satzes angenommen. Auch eine Resolution, die den spanischen Parteigenossen die Sympathien des Parteitages in ihrem Kampfe gegen „pfälzische Verdummung und struppellose Ausbeutung“ ausdrückt. Dann gibt's noch ein lunterbuntes Durcheinander verschiedener Anträge. Mehrere derselben fallen allerdings glatt unter den Tisch, weil sie nicht die genügende Unterstützung finden; so ein Antrag, der die Parteibuchhandlungen u. s. w. den Verkauf von Photographien und Ansichtskarten lebender Parteigenossen verbieten will und ein Antrag, der eine Kommission zur Prüfung der Arendschen Stenographie eingesetzt zu sehen wünscht.

Zu einer lebhaften Debatte kommt es dann über den Satz „Religion ist Privatsache“.
Die Breslauer Genossen interpretieren diesen Satz nämlich dahin, daß sie folgenden Antrag eingebracht haben: „Um sobald als möglich die Einführung von Disziplinarschulen zu ermöglichen und dadurch die Jugend dem verderblichen Einfluß des dogmatischen Religionunterrichts zu entziehen, empfiehlt der Parteitag den Parteigenossen dringend den Austritt aus der Landeskirche.“
Dabei-Breslau begründet den Antrag: Der Antrag will an die Genossen, die innerlich bereits mit der Kirche gebrochen haben, den Appell richten, aus der Landeskirche auszutreten. Dem Antrage liegen nicht religiöse, sondern politische Motive zu Grunde. Die Kirche wird von unsern Gegnern zu politischen Zwecken mißbraucht und diesem Mißbrauch wollen wir ein Ende machen. (Beifall.)
Reichstagsabg. Hengsbach-Duisburg wendet sich scharf gegen den Antrag: Ich bedauere, daß der Antrag überhaupt Unterstützung gefunden hat. Das wäre gerade das gefundene Fressen, das das Zentrum braucht. Ich wundere mich, daß der Antrag gerade aus Breslau kommt, wo man doch die Kampfweise des Zentrums einigermassen kennen sollte. Außerdem widerspricht der Antrag dem Satze unseres Programms, wonach Religion Privatsache ist. Uns hier mit religiösen Fragen zu befassen

oder gar der Genossen den Austritt aus der Kirche zu empfehlen, dazu hat der Parteitag keine Ursache und kein Recht. (Beifall und Widerspruch.)

Der entgegengesetzte Ansicht ist Hoffmann-Berlin, der bekannte Zehngedote-Hoffmann: „Was das Zentrum tut, kann uns ganz gleichgültig sein; ich habe aber erst noch kurz vor dem Parteitage in einer der schwärzesten Gegenden unseres Vaterlands in 14 Versammlungen mit großem Erfolge gesprochen. Gerade auf Grund des Satzes „Religion ist Privatsache“ müssen wir den Austritt aus der Kirche verlangen — den Austritt aus der Kirche, nicht aus der Religion, denn das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Die Kirche wird mißbraucht für politische Zwecke und gerade das Zentrum ist es, das die Religion nicht Privatsache sein läßt und sie mißbraucht um die Herrschaft an sich zu reißen. In Preußen werden jährlich über 200 Mill. M für kirchliche Zwecke ausgegeben. Da wir kein Mittel haben, die Landtage zu verhindern, auch künftig diese Mittel zu bewilligen, so gibt es für uns kein anderes Mittel, um dem wirksam entgegenzutreten, als den Austritt aus der Landeskirche. So lange die Massen noch in der Kirche sind, benutzt der Staat sie um sie in Knechtschaft und in Unwissenheit zu halten. An dem Augenblick, wo die Massen der Kirche nicht mehr angehören, gibt der Staat keinen Pfennig mehr für kirchliche Zwecke her. Die Monarchen, die Pastoren, sogar die Heilsarmee treten aus der Kirche aus, weil sie sagen: der Staat hat kein Recht, in kirchliche und religiöse Dinge hineinzureden und da sollen wir nicht den Hut haben, die Religion dadurch zur Privatsache zu machen, daß wir dem Staate und der Kirche die Möglichkeit entziehen, sie für politische Zwecke zu mißbrauchen? Nicht gegen die Religion, sondern gegen die Kirche als staatliche Einrichtung richtet sich der Antrag, darum hinaus aus der Landeskirche. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß inzwischen ein Antrag eingegangen ist, den in der Resolution ausgesprochenen Appell an die Genossen zu richten, die innerlich mit den Kirchenlehren gebrochen haben. Aber auch in dieser abgeschwächten Form begeht der Antrag allerhand, wenn nicht grundsätzliche, so doch wenigstens taktischen Bedenken, denen Dutsch, Dortmund und Ostkamp-Essen Ausdruck geben: „Durch das Vorgehen, die Religion sei in Gefahr, würden die katholischen Arbeiter aufgefordert, es gebe sogar eine ganze Anzahl katholischer Parteigenossen, die zwar mit der Kirche innerlich gebrochen hätten, trotzdem aber aus Weisheit, die nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen seien, ihren Austritt nicht erklären wollten. Es wäre, so schließt Ostkamp, eine Fiktion ohne Gleichen, wenn Sie uns mit Annahme eines solchen Antrags in unserer erfolgreichen Aufklärungsarbeit einen solchen Knäuel zwischen die Beine werfen wollten; lassen wir endlich die religiöse Frage in jeder Form aus unserer Parteitagstabelle heraus und fassen wir nicht einen derartigen unglücklichen Beschluß.“ Der lebhafteste Beifall, der diesen Worten folgte, zeigte, daß die taktischen Bedenken bei der Mehrheit der Versammlung durchdrangen.
Ein von zwei Seiten eingegangener Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Breslau selbst abgelehnt. Dann folgt ein hochpolitischer Antrag Dittmann-Sollingen: „Der Parteitag erklärt, daß durch die nachträglich veranlaßte Ablehnung des zunächst angenommenen Antrages 41 (Antiliberalismus-Resolution) in keiner Weise eine Abwägung der Resolution des Dresdener Parteitages über die Taktik der Partei erfolgt ist.“

Dittmann begründet den Antrag: Die sogenannte Antiliberalismus-Resolution bezweckte die Zurückweisung gewisser Bestrebungen, die Partei zu verbürgerlichen und die Festlegung der Partei gegen jegliches taktisches Zusammengehen mit den Liberalen. Die nachträgliche Ablehnung dieser Resolution ist nun in der bürgerlichen Presse als ein „Sieg des Revisionismus“ und als eine „Frontveränderung“, als eine „grundtätige Verringerung der Taktik der Partei“ hingestellt worden. Gegen eine solche Interpretation muß der Parteitag nachdrücklich Protest einlegen. Ich bin überzeugt, die Genossen, die die zweite Abstimmung veranlaßten, haben gar nicht daran gedacht, eine solche „Frontänderung der Taktik der Partei“ herbeiführen zu wollen, sie haben lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß sie es nicht für richtig halten, die Partei in der Weise, wie die Resolution es wollte, taktisch festzulegen. Ich hoffe daher, daß Sie selbst durch Zustimmung zu unserem Antrag allen etwaigen Interpretationsmöglichkeiten von vornherein die Spitze abbrechen.
Auer-München: Im Auftrag einer größeren Anzahl von Delegierten habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Ablehnung der Resolution 41 ist von unserer Seite aus den Gründen erfolgt, die auch die überwiegende Mehrheit des Essener Parteitages bestimmt haben, jede Festlegung für die künftige Wahltaktik abzulehnen. Wir hatten den Antrag Dittmann durchaus überflüssig, da durch die Ablehnung des Antrages 41 die Dresdener Resolution in keiner Weise berührt worden ist. So wenig wir jenen Erörterungen der bürgerlichen Presse einen Wert beimessen, so halten wir es doch angebracht, die gegenwärtigen politischen Lage für nötig, die hier dokumentierte Einigkeit der Partei nicht durch eine geteilte Abstimmung über eine vor seit Jahren beschlossene Resolution zu trüben; wir werden daher für den Antrag Dittmann stimmen mit der Maßgabe, daß er entsprechend den Beschlüssen des Essener Parteitages keine wahl-taktische Bindung für die Partei bedeutet.“ Nach dieser Erklärung wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Dittmann angenommen.

Dann beschließt man sich mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages. Es wird beschlossen, die Frage der Budgetbewilligung in den Gemeinden auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen; Anträge, die die Steuerfrage und die Frage des Genossenschaftswesens auf die Tagesordnung zu setzen, werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Als Ort des nächsten Parteitages wird Magdeburg gewählt. Als Vorsitzende der Partei werden Wedel und Singer wieder gewählt. Wedel mit 326, Singer mit 317 Stimmen.
Dann hält Singer die Schlußrede. Er freut sich, daß der Parteitag so ruhig und so friedlich verlaufen sei: Die Hoffnungen, die die Gegner auf den diesjährigen Parteitag gesetzt haben, sind gescheitert an dem granitnen Felsen der Überzeugung aller Parteigenossen „von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeit“. (Lebhafter Beifall.) Im übrigen ist er mit allem, was der Parteitag beschlossen hat, überaus zufrieden: „Das neue Organisationsstatut ist eine neue schneidige Waffe. Der Beschluß zur Massenerfrage wird dem Massenergebenden neues Leben einflößen, die Referate über die Reichsversicherungsordnung werden den Ausgangspunkt

für eine rührige Agitation brauchen im Lande bilden.“ Dann fängt er an zu prophesieren: „Die nächsten Wahlen werden ein vernichtendes Urteil über den Ausgang der sog. Finanzreform. Wir werden die Herzen und die Köpfe revolutionieren. Gehen wir an diese Aufgabe heran unter dem Motto unseres unvergänglichen alten Liebtchens: „Immer in der Offensive, niemals in der Defensive“. (Stürmischer Beifall.) Medner schließt mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Unter dem Gejag der Arbeitermarxisten geht hierauf die Versammlung auseinander.

Kleine badische Chronik.

2 Karlsruhe, 19. Sept. Das Ministerium des Innern hat zum Vollzug des neuen Weingesezes verfügt, daß das Großherzogtum Baden als ein einheitliches Weingebiet anzusehen ist.

2 Karlsruhe, 19. Sept. Oberleutnant Scheele vom hiesigen Kavallerieregiment ist im Wanderverbode vom Pferde gestürzt und hat sich eine schwere Kopfverletzung zugezogen. Er wurde in die Heidelberger Klinik verbracht.

2 St. Georgen i. Sch., 19. Sept. Der vor einigen Wochen in Tennenbronn infolge Scheiterns seines Pferdes durch ein Automobil des Kommerzienrats Jungheims-Schramberg verunglückte Landwirt Simon Nagel befindet sich immer noch im hiesigen städtischen Krankenhaus. Dieser Tage erst konnten die schweren Kopfwunden zugehört werden; es mußte durch vorheriges teilweises Zerteilen und Herbeiziehen der übrigen Kopfhaut, bis es „langte“, geschehen, was wohl für den Patienten nichts sehr Angenehmes gewesen sein mag. Kommerzienrat Jungheims übernimmt sämtliche Kosten.

2 St. Georgen i. Sch., 19. Sept. Bei der Zwangsversteigerung des Hotelanwesens zum „Deutschen Haus“ machte die Brauerei Köppler-Karlsruhe mit 65 100 M. für Gebäude und Inventar das Höchstgebot. Geachtet war das Anwesen auf 130 000 M. Da die erste Hypothek in den Händen der Fargauer Bank rund 90 000 M. beträgt, so stellt sich das Objekt für die Brauerei Köppler auf 135 000 M. — Das der Stadtgemeinde gehörende Anwesen „Großhauerhof“ ist auf den 1. Dezember zur Veräußerung ausgeschrieben, da der bisherige Pächter gesündigt hat.

2 Von der Wutach, 19. Sept. Durch die giftigen Abwässer der Holzstoff- und Papierfabrik Neustadt i. Sch. ist der früher sehr frische Forellen- und sonstige Fischbestand der Wutach bereits bis zur Wutachschlund nahezu vollständig vernichtet worden.

2 Freiburg, 19. Sept. Die Groß- Staatsanwaltschaft hat hier und in vielen Gemeinden der Umgebung ein Plakat anhängen lassen, in dem eine Belohnung bis zu 200 M. bewiesenem Angehörigen wird, der zur Ermittlung des Täters bei dem räuberischen Mordfall auf den Landwirt Andreas Haller (Mittelbühlhofener) in Biedert (Gemeinde Hinterzarten) am 5. September 1909 beiträgt. Der Täter hat den 55-jährigen Haller ermordet wollen; hat ihm etwa 20 M. geraubt und am Tatort ein Stemmlein zurückgelassen.

2 Wellingen, 19. Sept. Unsere Stadt zählt 2078 wahlberechtigte Bürger, das sind gegen 1905 58 mehr. — Beim Begräbnis wurde der Antrag auf Errichtung einer Zwangsgrube für das Zimmbergerde des Bezirks Wellingen gestellt.

2 Konstanz, 19. Sept. Vorsteher Nacht brannte in Volkmaningen das Doppelwohnhaus der Landwirte Baumann und Württemberg vollständig nieder. Der größte Teil der Fahrnisse ging in den Flammen auf. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt. Der Schaden dürfte etwa 15 000 M. betragen.
2 Malsfeld, 20. Sept. Die Aebeln sind nicht viel beschneit; man braucht noch 3 Wochen gutes Wetter, wenn die Trauben einigermaßen reif werden sollen.

Lokales.

Karlsruhe, 20. September 1909.

2 Zur Ableseung der Leiche eines Veteranen an die Anatomie. Die Verprechung, welche der Vorfall über die Ableseung der Leiche des Gändlers Andreas Holbeger an die Heidelberger Anatomie in der Tagespresse gefunden hat, gibt dem 24-jährigen Kameraden Anlaß zu folgender Mitteilung des Gändlers: Der Tod des Andreas Holbeger erfolgte am Freitag, den 20. August, nachmittags 24 Uhr, im städtischen Krankenhaus. An demselben Nachmittag wurde die in Stuttgart arbeitende Tochter des Verstorbenen durch die Krankenhausverwaltung telegraphisch von dem Todesfall in Kenntnis gesetzt mit der Aufforderung, sofort wegen der Beerdigung Nachricht zu geben. Da auf dieses Telegramm bis zum Sonntag, den 22. August, früh eine Antwort nicht eingekommen war und sich auch sonst niemand bis dahin um die Beerdigungskosten angenommen hatte, erfolgte im Einklang mit den hierüber bestehenden Bestimmungen Sonntag, den 22. August, morgens zwischen 9 und 10 Uhr, die Verendung der Leiche nach Heidelberg. Erst am Montag, den 23. August, lief bei der Krankenhausverwaltung als Antwort auf die telegraphische Anfrage ein Brief der Tochter des Verstorbenen ein, worin sie mitteilte, daß der Verstorbene Mitglied des Vereins ebe-

maliger gelber Dragoner gewesen sei und daher Ansprüche an die Erbstatte dieses Vereins bestünde und daß sie den Vorstand des Vereins von dem Todesfall telegraphisch in Kenntnis gesetzt habe.

Dieses Telegramm ist dem Vorstand des genannten Vereins nach eigener Angabe erst am Sonntag, den 22. August, nachmittags, zugegangen. Da zu dieser Zeit die Leiche bereits nach Heidelberg abgeführt war, konnten seine sofortigen Bemühungen, die Abwendung zu verhindern, bedauerlicher Weise keinen Erfolg mehr haben. Nichtig ist, daß dem Vorstand des Dragonervereins, als er am Sonntag, den 23. August, nachmittags, auf dem Friedhofsbureau vor sprach, infolge einer unrichtigen telegraphischen Auskunft des Totenwärters im städtischen Krankenhaus zunächst die Antwort zuteil wurde, die Leiche des Soldaten bestünde sich noch im Krankenhaus, sowie daß diese Auskunft am folgenden Tage dahin berichtigt werden mußte, die Leiche sei bereits am Sonntag früh nach Heidelberg verbracht worden. Durch dieses Versehen des Totenwärters wird jedoch daran nichts geändert, daß zu der Zeit, als der Vorstand des Dragonervereins erstmals auf dem Friedhofsbureau erschien, die Verendung der Leiche nach Heidelberg bereits geschehen war, mithin eine Zurückbehaltung der Leiche nicht mehr hätte erfolgen können.

Nebst dem wurde der Vorstand des Dragonervereins vom Friedhofsbureau darauf hingewiesen, daß die Möglichte Leiche, die Leiche nötigenfalls telegraphisch von Heidelberg zurückkommen zu lassen. Er hat jedoch hiervon abgesehen, da er unter den obwaltenden Umständen das katastrophale Sterbegeld lieber der Tochter des Verstorbenen zukommen lassen wollte. Von dem Umstand, daß der Dragoner Kriegsteilnehmer war, erhielt sowohl die Krankenhausverwaltung als die Armenverwaltung erst Kenntnis als die Leiche bereits nach Heidelberg abgeführt war.

Es ist daher bei dem an sich zweifellos bedauerlichen Vorfall, der vermieden werden wäre, wenn die Tochter des Verstorbenen der Krankenhausverwaltung von der Zugehörigkeit desselben zum Verein ehemaliger Dragoner rechtzeitig Kenntnis gegeben hätte, weder der Krankenhausverwaltung noch der städt. Armenverwaltung irgend welche Schuld beizumessen.

Die diesjährige Verwaltungssitzung wird am Montag, den 25. Oktober 1909, ihren Anfang nehmen.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.

Gehaufgebote: 17. Sept. Mathias Fritsch von Neppelweiler, Schneider hier, mit Friederike Kraum von Wellingen. Albert Ulrich von Schwirgen, Mechaniker hier, mit Katharina Sommer von Friesfeld. — Oskar Walter von hier, Tierarzt hier, mit Holzkunde Johann von hier. — Jakob Mejer von Graben, Schneider hier, mit Luise Kändler von Wolfartsweier. — Josef Müller von Pflattersdorf, Bahnarbeiter hier, mit Barbara Willberg von Münsingen. — Ludwig Wies von Neudorfshausen, Bahnarbeiter hier, mit Anna Englert von Schillingstadt.

Geburten: 18. Sept. Otto Wals von Baden, Hausdiener hier, mit Anna Feil von Weller. — Bruno Bergwardt von Eppanau, Kaufmann hier, mit Marie Seiler von Mühlheim. — Josef Engelhart von Elchesheim, Stettler hier, mit Bertha Gehring von Stuttgart.

Geburten: 8. Sept. Karl, Vater Lukas Kappenderger, Vater Julius Bier, Schloßer. — Silba und Antje, Justizrat, Vater Franz Gertel, Schloßer. — 14. Sept. Elisabeth Wilhelm, Vater Heinrich Schmeiger, Architekt. — Walter August, Vater Julius Weber, Bildhauer. — Elisabeth Anna Dina, Vater Bernhard Appel, Bureauassistent. — 15. Sept. Anna Maria, Vater Albert Gsch, Lokomotivführer. — Otto, Vater Josef Emil W. Bohard, Arbeiter. — Willy, Vater Franz Groß, Steinbauer. — Richard Johann Albert, Vater Wilhelm Gsch, Sergeant und Oberleutnant.

Todesfälle: 17. Sept. Frieda Pfleger, ohne Gewerbe, ledig, alt 24 Jahre. — Emil Lorenz, Tiefbauarbeiter, ledig, alt 26 Jahre. — August Ansmann, Kaufmann, ein Gehmänn, alt 47 Jahre. — Jenny, alt 10 Tage, Vater Georg Neumann, Ingenieur. — Luise, alt 3 Monate 27 Tage, Vater Jakob Jost, Straßenbahnkassierer. — Martha, alt 7 Monate, Vater Karl Gerlinger, Jemeniter. — Frieda, alt 1 Jahr 8 Monate 4 Tage, Vater Wendelin Schögle, Former. — 18. Sept. Hans, alt 1 Monat 26 Tage, Vater Josef Kling, Kleidermacher. — Alwine Schmidt, Näherin, ledig, alt 69 Jahre. — Josef Wolf, Kaufmann, ein Witwer, alt 55 Jahre.

C. M. S.

Karlsruhe eocl. St. Vinc. fer. IV. die 22. Sept. hor. 2. conf. hor. 4. congregatio.

Gehannungsgeossen! Gedenket Eurer Presse! Bestellt den Badischen Beobachter!

Annahme verzinslicher Bar-Einlagen mit und ohne Kündigungsfrist. Eröffnung laufender Rechnungen und Krediterteilung nach besonderer Vereinbarung. Eröffnung provisionsfreier Scheckrechnungen.

50 Stück 5 Mark Hochfeine Sumatra-Havana, Handarbeit. Flor Castona, Cigarrenhaus E. P. Hieke, Hofl., Karlsruhe i/B., Kaiserstr. 215.

Echtes, altes Zwelfschgenwasser, per Liter Mt. 1.80, ohne Glas — solange Vorrat — empfiehlt Hermann Zoller, Schützenstraße 43. Divan. Neue hoch. Kamelafaschdivan mit Polster von 45, 50, 60 Mark an, schöne Stoffdivan 33 Mt. Große Auswahl, und nur gute, solide, selbständige Arbeit unter Garantie. Rein Baden, daher billigste Preise. R. Köhler, Tapezier, Schützenstraße 53 II. Alte Gebisse, sowie alte Goldschmuck Carl Siede, Arcuzstraße 17.